



Dr. Stefan Kaufmann

06/2014
07.04.2014

Brief aus Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,

es sind keine ganz leichten Wochen in Berlin. Aktuell haben wir eine recht hitzige Diskussion über den Mindestlohn ab 18 - und seine Auswirkungen auf die berufliche Bildung. Bei manch einem Thema ist die Union in die Defensive geraten - jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung. Und unser grandioser Wahlerfolg vom September erweist sich angesichts der Realität der Großen Koalition fast schon als Pyrrhussieg.

In solchen Situationen hilft manchmal ein Blick von außen, um die Dinge gerade zu rücken. Diese Gelegenheit hatte ich bei meinem Besuch in Thailand (siehe Beitrag) Denn bei allem Ärger im politischen Alltag zeigt diese Große Koalition auch eines: unsere Fähigkeit zum Kompromiss. Dies ist ein hohes Gut in einer Demokratie. Und es ist nicht selbstverständlich. In Thailand gibt es derzeit eine Staatskrise, weil sich die Opposition den Wahlen schlichtweg verweigert. Die Parteien sind nicht in der Lage, ihre verhärteten Positionen zu überdenken und aufeinander zuzugehen. Und ein Schlichter ist nicht in Sicht.

Die Wähler haben uns ein schwieriges Wahlergebnis beschert. Aber wir haben uns der Verantwortung gestellt. Und nun werden wir gemeinsam mit der SPD Punkt für Punkt des Koalitionsvertrages abarbeiten – und dabei in den Detailregelungen Vernunft vor Ideologie walten lassen. Ich vertraue dabei durchaus auf die Kraft eines selbstbewussten Parlaments.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Ihr

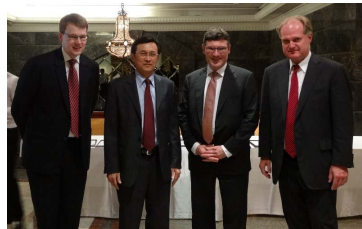
Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494
Fax: 030/227-76228
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:
stefan.kaufmann@bundestag.de

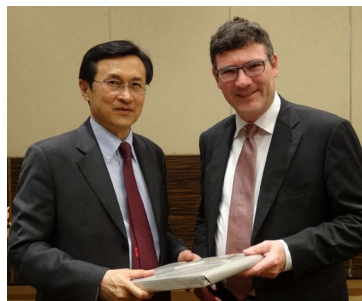
Dozenteneinsatz bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Thailand



Michael Winzer, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Thailand; S. E. Herr Chaturon Chaisaeng, Bildungsminister des Königreichs Thailand; Stefan Kaufmann; Dr. Ingo Winkelmann, Gesandter der Deutschen Botschaft Bangkok (von links)

Im Anschluss an unseren gelungenen Landesparteitag am Samstag, 22. März, in Donaueschingen, auf dem wir unser Kommunalwahlprogramm sowie ein europapolitisches Thesenpapier beschlossen haben, bin ich abends im Auftrag meiner Fraktion zu einem Dozenteneinsatz bei der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Thailand gereist. Die Schwerpunkte des dichtgedrängten Programms vor Ort lagen auf der Bildungs- und Rechtspolitik sowie der Stärkung der demokratischen Strukturen in Thailand.

Im Rahmen eines Erfahrungsaustauschs habe ich beispielsweise mit

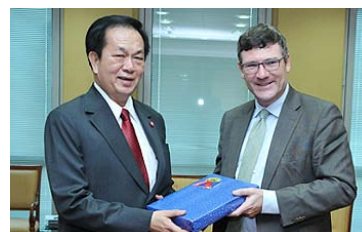


Zusammen mit Bildungsminister Chaturon Chaisaeng bei der Übergabe eines Gastgeschenkes

dem thailändischen Bildungsminister, Herrn Chaturon Chaisaeng, über neue Herausforderungen und Anforderungen an das Bildungssystem sowie die Rolle von Bildung für die demokratische Entwicklung Thailands diskutiert. In einem Vortrag habe ich die Besonderheiten unseres deutschen Systems der dualen Berufsausbildung erläutert,

an dem nicht nur in Thailand sehr großes Interesse besteht. Daimler, BMW und Siemens haben im Rahmen eines Pilotprojekts bereits erste Auszubildende eingestellt. Weit über Europa hinaus interessiert man sich für die deutsche Berufsbildung, die als Garant für ausgezeichnete Fachkräfte gilt. Nicht zuletzt deshalb haben wir bereits in der vergangenen Wahlperiode eine Zentralstelle für internationale Berufsbildungsk Kooperation im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) eingerichtet. Ein weiterer Schwerpunkt meines Konferenzbeitrages war das Thema Studienfinanzierung, das auch einer meiner Arbeitsschwerpunkte im Bildungsausschuss des Bundestages ist. Anhand des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) habe ich veranschaulicht, wie Talente unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern eine berufliche Ausbildung oder ein Studium ermöglicht werden kann. Auch dieses Thema ist mit Blick auf den steigenden Bedarf an gut qualifizierten Fachkräften für Thailand von wachsender Bedeutung.

Mit dem Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtshofes von Thailand, Herrn Hassavut Vititviriyakul, sprach ich über die aktuelle Staatskrise in Thailand und die Rolle der Justiz bei der Lösung des Konflikts.



Bei der Übergabe eines Gastgeschenkes an den Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtshofes Thailands, Hassavut Vititviriyakul

In Chiang Mai im Norden Thailands habe ich an einem, gemeinsam von der Strafabteilung für Träger öf-



Interview mit dem thailändischen Fernsehen zu meiner Arbeit im Bildungsausschuss des Bundestages.

fentlicher Ämter des Obersten Gerichtshofes von Thailand und der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten, deutsch-thailändischen Erfahrungsaustausch mitgewirkt. Hintergrund sind verschiedene anhängige Gerichtsverfahren gegen thailändische Spitzenpolitiker, die derzeit am Obersten Gerichtshof verhandelt werden. Deshalb kommt diesem Thema in der derzeit schwierigen politischen Situation im Land eine Schlüsselrolle zu.



Zusammen mit dem Präsidenten der Criminal Division for Persons Holding Political Positions am Supreme Court, Thanarek Nitiseranee beim Kongress.

Ich selbst konnte deutsche Erfahrungen einbringen: unter anderem mit Blick auf die aktuellen Ermittlungen gegen den ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy und das Verfahren gegen den ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff sowie das deutsche Immunitätsrecht allgemein. Es bestand insgesamt große Einigkeit, dass ein faires, transparentes Verfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen wichtig ist – gerade bei Politikern, deren Fälle aufgrund ihrer Vorbildfunktion und des damit einhergehenden hohen öffentlichen Interesses von herausgehobener Bedeutung sind.

Brief aus Berlin



100 Tage Große Koalition – Gemeinsame Verantwortung in schwieriger Partnerschaft

Berlin – In diesen Tagen besteht die Große Koalition seit 100 Tagen. Unsere Tagesordnung im Parlament – Stichwort der letzten Woche: Mütterrente – und die Beschlüsse der Bundesregierung – vor allem der Haushaltsausgleich, aber auch Mindestlohn, Frauen in Führungspositionen oder die Staatsangehörigkeitsnovelle – beweisen die gute Arbeit. Wir sind also durchaus erfolgreich und arbeiten zum Wohle der Menschen. Die Berichterstattung zu den ersten 100 Tagen kam an diesen Fakten dann auch nicht vorbei. Machen wir uns also nicht kleiner als wir sind, aber auch nicht größer. Sicher, die Union hat bei der Bundestagswahl ein Rekordergebnis eingefahren. Die Menschen in Deutschland haben großen Wert darauf gelegt, uns zu stärken. Und doch haben sie uns keine absolute Mehrheit gegeben. Und nur die SPD hatte die Kraft, mit uns eine

gemeinsame Regierung zu bilden. In vollem Bewusstsein, wie schwer eine Zusammenarbeit zweier Volksparteien zu gestalten ist, haben wir uns aus Verantwortung für unser Land auf die Bildung einer weiteren Großen Koalition eingelassen. Im Vordergrund steht für uns dabei die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und des wirtschaftlichen Erfolgs unseres Landes.

Wir haben uns durchgesetzt: Es gibt keine Steuererhöhungen, weder auf Einkommen noch auf Vermögen oder Erbschaften. Wir haben durchgesetzt, dass die Bundesregierung erstmals seit 1969 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann. Wir haben gleichzeitig durchgesetzt, dass Deutschland Impulse in Bildung und Forschung, aber auch für die soziale Gerechtigkeit, setzen kann. Der Beschluss des CDU-Parteitag, die Rente auch für die

Eltern zu erhöhen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wird endlich Wirklichkeit. Mit der nun gefundenen Regelung zur doppelten Staatsangehörigkeit sorgen wir für Klarheit und Offenheit. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die deutsche Staatsangehörigkeit nicht beliebig vergeben wird.

Wir haben dafür Sorge getragen, dass Deutschland unsere besonnene und erfolgreiche Europapolitik fortsetzen kann – es wird keine Eurobonds geben, ebenso wenig eine Vergemeinschaftung von Schulden. Wir stehen für Solidarität in Europa, sind aber weiterhin gegen Leistungen ohne Gegenleistungen. Deutschland übernimmt weiter und noch entschlossener seine außenpolitische Verantwortung – in Europa, gegenüber Russland, aber auch in Afrika. Unsere Bundeskanzlerin genießt in aller Welt großen Respekt; sie

nutzt ihre herausgehobene Position, um Frieden und Sicherheit zu wahren. Gerade in der Außenpolitik ist Deutschland nun gefragt – unsere Linie wird weltweit, und sogar von der Opposition, gelobt. Natürlich enthält der Koalitionsvertrag auch Kompromisse, die für beide Seiten eine Herausforderung darstellen. Gleichwohl ist dieser Vertrag, dessen vernünftige Umsetzung wir sicherstellen, eine gute Grundlage für unser Land. Wir begrüßen, dass unser Partner diese Vereinbarung in seinem Verantwortungsbereich getreu umsetzt. Ich bin zuversichtlich, dass wir in noch strittigen Fragen zu einer gemeinsamen Lesart kommen werden – wie in der praktischen Ausgestaltung der Bedingungen einer abschlagsfreien Rente nach 45 Jahren, bei den Ausnahmen beim Mindestlohn oder etwa mit Blick auf die Umsetzung der sogenannten Mietpreisbremse.

Veranstaltung von EAK und JU



Andreas Püttmann während seines Vortrags

Stuttgart – Dr. Andreas Püttmann, ein katholischer Publizist und mein früherer Betreuer bei der Konrad-Adenauer-Stiftung im Begabtenförderungswerk hat am vergangenen Samstagnachmittag, 29. März, in Stuttgart bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) und der Jungen Union Stuttgart (JU)

vor rund 100 Gästen einen spannenden Vortrag zum Thema der Entchristlichung der Gesellschaft und ihren Konsequenzen gehalten. Grundlage waren die Erkenntnisse des Buches von Andreas Püttmann: „Gesellschaft ohne Gott“. In der sich anschließenden und sehr spannenden Diskussion hat Andreas Püttmann – unterstützt durch differenzierte soziologische Studien – aufgezeigt, dass der Bezug zum Christentum und zu Gott auch dann wertvoll und wichtig für Politik und Gesellschaft ist, wenn sich immer weniger Menschen zum Glauben und zur Kirche bekennen. Püttmanns Tenor: Es gibt keinen Grund, sich als Glaubender zu verstecken – und noch weniger, sich anzupassen. Vielen Dank an EAK und JU für diese großartige und wertvolle Kooperationsveranstaltung!

Mitwirkung an Unterrichts-DVD



Aufzeichnung des Interviews im Innenhof des Wahlkreisbüros

Stuttgart – Vor meiner Abreise zur Sitzungswoche des Bundestages in Berlin standen am Montagnachmittag, 31. März, Filmaufnahmen und ein Interview auf dem Programm. Das Evangelische Medienhaus entwickelt eine Unterrichts-DVD für Schulen zum Thema Homosexualität. Gegenstand sind zum Beispiel Interviews mit Personen aus Kirche und Politik. Dafür habe ich im sonnigen Innenhof des Wahlkreisbüros in Stuttgart meine Einschätzungen zur Homosexualität

in der Politik und Gesellschaft gegeben. Fragen wie die Toleranz und Akzeptanz in der Gesellschaft und die Beziehung Kirche und Homosexualität kamen dabei ebenso zur Sprache wie aktuelle Themen, z.B. die Debatte um den Entwurf des Bildungsplans. Ich habe mich gern beteiligt und bin gespannt auf das Ergebnis!

Weitere Informationen zum Evangelischen Medienhaus:
www.evmedienhaus.de

Brief aus Berlin

Bundeskoordinations-Ausschuss der Schüler Union in Stuttgart



Im Gespräch mit den Bundesvorstandsmitgliedern der Schüler Union Deutschlands in Stuttgart.

Stuttgart – Großes Interesse an aktuellen bildungspolitischen Themen bestand beim Bundeskoordinations-Ausschuss der Schüler Union in Stuttgart.

Nach kurzem Input zu aktuellen landes- und bundespolitischen Entwicklungen entstand eine angeregte Diskussion. Themen wie G8/G9 oder Schule 2.0,

landespolitische Themen wie der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung oder die Bildungsplan-Diskussion und natürlich auch bundespolitische Themen wie das Kooperationsverbot oder die Bildungsfinanzierung bewegten die Mitglieder der Schüler Union. Ich möchte mich für das Engagement und die interessante Diskussion bedanken. Ich freue mich, dass die Schüler Union mit ihrem Bundeskoordinations-Ausschuss in Stuttgart getagt hat – passend auch zur parallel stattfindenden Bildungsmesse „didacta“. Auf ein baldiges Wiedersehen!

Praktikum beim MdB



Zusammen mit Kai Mayer im Paul-Löbe-Haus

Berlin – Den gesamten März über hat Kai Mayer als Praktikant in meinen Büros in Stuttgart und in Berlin hospitiert. Er studiert Rechtswissenschaften an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Weil ich selbst Rechtsanwalt bin, konnte ich ihm nicht nur Einblicke in die politische Arbeit in Stuttgart und Berlin geben, sondern auch zeigen, wie Gesetzgebung und Gesetzesausführung in der politischen Realität funktionieren. Und auch in den Büros gab es immer wieder auch sehr spezielle rechtliche Fragen zu prüfen, bei denen mich der angehende Jurist unterstützen konnte.

Neben der Tätigkeit im Büro waren in Stuttgart vor allem der Empfang für den chilenischen Außenminister und der Besuch des politischen Aschermittwochs in Fellbach spannend. In Berlin hat Kai Mayer Arbeitsgruppen, Ausschuss- und Plenarsitzungen besucht. Besonders interessant in Berlin waren für ihn aber auch die Begegnungen mit Kanzleramtsminister Peter Altmaier, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder und Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

Politischer Frühschoppen des Kolpingwerks Stuttgart



Diskussion beim Politischen Frühschoppen des Kolpingwerks Stuttgart, © Erwin Huckle

Stuttgart – Das beherrschende Thema in den kommenden politischen Wochen wird neben der Kommunalwahl die Europawahl bilden. Dies wurde vom Stuttgarter Kolpingwerk zum Anlass genommen, bei einem Politischen Frühschoppen den Ausblick auf die Europawahl mit einem Fazit nach 100 Tagen Große Koalition zu verbinden. Mit Nicolas Schäfstoß von der SPD und rund

30 Gästen habe ich am Sonntag über den Start der Großen Koalition, ihren Gemeinsamkeiten und Streitpunkten, sowie über die Schwerpunkte der CDU zur Europawahl am 25. Mai diskutiert. Unsere Kernanliegen, dass wir im Gegensatz zur SPD keine Transferunion in der Finanzpolitik wollen und dass Finanzhilfen an Strukturreformen zu koppeln sind, waren und bleiben richtig.

Den Deutschen geht es gut

Dem neuen OECD-Bericht „Society at a Glance 2014“ zufolge geht es den Deutschen im internationalen Vergleich gut. Die Langzeitarbeitslosigkeit ging zwischen 2007 und 2013, also über den Zeitraum der Wirtschafts- und Finanzkrise hinweg, um 11,4 Prozent zurück. Das ist der stärkste Rückgang in der OECD. Auch die Zahl der Er-

wachsenen, die in Erwerbslosenhaushalten leben, ist von circa 13 Prozent im Jahr 2007 auf circa 11 Prozent im Jahr 2010 gefallen. In allen anderen Industrieländern – mit Ausnahme von Luxemburg, den Niederlanden und der Türkei – stieg diese Zahl oder blieb konstant. Das verfügbare Jahreseinkommen der deutschen Haushalte stieg im selben Zeitraum

jährlich um 2 Prozent (im OECD-Durchschnitt sank es um 0,5 Prozent). Die positive Entwicklung ist nicht nur objektiv messbar, sondern zeigt sich auch in der Lebenszufriedenheit: Auf einer Skala von 0 bis 10 wurde sie 2012 bei uns im Land mit 6,7 Punkten bewertet (2007: 6,4). Damit gehört Deutschland zur optimistischen Hälfte der Industrieländer.

Öffentliche Schulden gehen zurück

Ende 2013 waren Bund, Länder und Kommunen in Deutschland mit 2.043,7 Milliarden Euro verschuldet. Das sind 28 Milliarden (1,4 Prozent) weniger als Ende 2012. Die Schulden des Bundes sanken um 0,6 Prozent auf rund 1.281 Milliarden Euro. Bei den Ländern gab es einen Rückgang um 3,1 Prozent auf 628,7 Milliarden Euro. Die Verschuldung der Kommunen blieb mit 133,6 Milliarden Euro nahezu unverändert, obwohl die Kommunen in den Ländern Hessen und Niedersachsen durch Entschuldungsfonds entlastet wurden. Auf Bundes- und Länderebene geht der Rückgang vor allem auf den Portfolioabbau der Bad Banks zurück, die dadurch ihre Bilanzsumme und ihren Schuldenstand reduzieren konnten. Quelle: Statistisches Bundesamt